

**An den Oberbürgermeister**

12.07.17

## **Ersetzungsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE zum Ratsantrag der SPD und ÖDP (A-R/0048/2017)**

### **Keine Abschiebungen nach Afghanistan!**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Stadt Münster hält daran fest auch weiterhin keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen.
2. Die Stadt Münster begrüßt das von der Bundesregierung derzeitig beschlossene Moratorium und die Überprüfung der Sicherheitslage in Afghanistan.
3. Die Stadt Münster fordert Bundes- und Landesregierung auf, neben des Stopps von Abschiebungen in das Herkunftsland auch keine Abschiebungen von Afghanischen Staatsangehörigen in andere (EU-) Länder durchzuführen.
4. Die Stadt Münster bittet ihren Oberbürgermeister, sich auch im Rahmen seines Amtes beim Deutschen Städtetag für die vorgenannten Punkte einzusetzen.

### **Begründung:**

Laut einem Lagebericht des UNHCR von Dezember wurden allein im ersten Halbjahr 2016 1.601 zivile Tote und 3.565 verletzte Zivilpersonen dokumentiert. Die Zahl der durch bewaffnete Konflikte innerhalb Afghanistans Vertriebenen stieg nochmals um 530.000 Personen. Der UNHCR hat außerdem explizit darauf hingewiesen, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen ist und es nicht möglich sei, bestimmte Regionen als sichere und zumutbare Fluchialternativen anzusehen.

Nach dem schweren Terroranschlag in Kabul in direkter Nähe der Deutschen Botschaft sollen Abschiebungen nach Afghanistan auf Beschluss der Bundesregierung vorerst nicht mehr erfolgen. Das Auswärtige Amt soll nun zunächst eine neue Beurteilung der Sicherheitslage vorlegen. Darauf hatten sich zuvor Außenminister Gabriel und Innenminister de Maizière geeinigt, wie die SZ berichtete. Diese Beurteilungen dienen Behörden und Gerichten als Grundlage für Entscheidungen über Asylanträge von Bürgern der jeweiligen Staaten.

Rüdiger Sagel, Fatma Kirgil, Ortrud Philipp, Heiko Wischnewski

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Münster